

An alle Stadträtinnen und Stadträte

Betreff: Einwohneranfrage zur Deponie Seehausen / Kommentar zur Antwort der Verwaltung

Datum: 25.05.2025 15:34

Von: deponieseehausen@mailbox.org

Sehr geehrte Stadträtinnen, sehr geehrte Stadträte,

zur letzten Ratsversammlung hatte Frau Hirsekorn eine Einwohneranfrage zur geplanten PV-Anlage auf der ehemaligen Deponie Seehausen gestellt.

Zur Einordnung einiger Sachverhalte in der Antwort möchte ich folgende Punkte zur Kenntnis geben:

1. WALDERHALT FINDET BERÜCKSICHTIGUNG: Es ist richtig, dass im Vergleich zum ersten Planungsstand ca. 1 ha Wald von der Rodung ausgenommen werden soll. Dieses Waldstück zeigt in Richtung Autobahn und soll aufgrund eines Blendgutachtens von der Überbauung ausgespart werden, nicht um dem vom Stadtrat beschlossenen Ziel der „Mehrung von Wald“ gerecht zu werden. Gäbe es das Blendgutachten nicht, würde auch dieses Teilstück ohne Zögern fallen. Wenn das Ziel „Walderhalt / Waldmehrung“ von Interesse wäre, dürfte es die ganze Planung nicht geben und stattdessen müssten PV-Paneele z.B. auf den ca. 100.000 m² versiegelter Fläche der neuen Baytree-Logistik-Hallen errichtet werden.

2. SACHGERECHTE ABWÄGUNG: Die gerechte und ergebnisoffene Abwägung aller Belange im Planverfahren ist leider sehr stark anzuzweifeln. Es wurde bereits vor längerem von Seiten der Stadt deutlich und klar kommuniziert, dass das Ergebnis des Planverfahrens im Prinzip feststehe, da das Projekt politischer Wille sei und unbedingt umgesetzt werden solle.

Dies deckt sich auch damit, wie mit bisherigen Einwendungen von Ortschaftsrat, Anwohnern und Naturschutzverbänden umgegangen wird und dass zahlreiche, eigentlich erdrückende Gegenargumente überhaupt nicht aufgegriffen und gehört werden. All dies floss auch bereits in die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ein - ein Ergebnis daraus ist bisher nicht spürbar. Die Aussage, man könne im Rahmen der Auslegung seine Bedenken vorbringen, lässt aus diesen Erfahrungen heraus eine pro-forma-Beteiligung erwarten, nichts weiter.

Diese Befürchtung wird bestärkt durch die Stellungnahme der Stadt zum Zielabweichungsverfahren (Aufgabe des regionalplanerischen Ziels „Walderhalt“), in dem zunächst der unwiederbringliche Naturverlust und die Abweichung von erklärten Zielen der Stadt erkannt, sich dann

aber doch für die PV-Anlage ausgesprochen wird.

3. GRÜNES UMFELD FÜR ANWOHNER BLEIBT ERHALTEN: Die Behauptung, die Anwohner hätten es trotzdem schön grün, ist eine Zumutung für die betroffenen Menschen. Wir würden auf einen riesigen Berg voller steriler, technischer Bauteile schauen, ob da unten ein Randstreifen verschont bleibt und zwischendrin ein Meter mehr Platz ist, ist völlig irrelevant.

4. EIN BESCHLUSS DES STADTRATES WIRD UMGESETZT: In der Beschlussvorlage (NR. VII-DS-02319) zum Aufstellungsbeschluss für den B-Plan Nr. 454 wurden der Wald, die Kompensationsmaßnahmen und der Interessenkonflikt mit Natur und Anwohnern überhaupt nicht erwähnt, im Gegenteil wurde behauptet, dass es keine Zielkonflikte gäbe. Sollten die Stadträte hier getäuscht werden?

5. ALTERNATIVENPRÜFUNG / ES GIBT NICHT GENUG FLÄCHEN: Die für erneuerbare Energien benötigten Flächen finden sich auf den zahllosen Logistik- und Gewerbeansiedlungen im Norden der Stadt. Auch Ackerflächen, die man gleichzeitig für Agrivoltaik nutzen könnte, wären eine Option - aber sie werden ausgeschlossen, da sie angeblich zu wertvoll sind. Für die Totalversiegelung des neuen Gewerbegebiets „Radefelder Allee“ mit einer Größe von 137 ha sind Ackerflächen aber offenbar nicht zu wertvoll – wobei erneuerbare Energien doch bestimmt genauso wichtig sind wie eine neue Industrieansiedlung (s. auch Artikel des BUND in der L-IZ <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2024/10/radefelder-allee-agrarlandschaften-unter-baudruck-604907> [1]).

Die Ressourcen, die bisher in das „Verbiegen“ des völlig ungeeigneten Deponiegeländes zu einer „geeigneten“ Fläche geflossen sind, hätte man besser für Kooperationen/ städtebauliche Verträge u.ä. mit den Hallenbesitzern nutzen sollen. Dann hätten wir gewiss schon mehr PV-Standorte vorzuweisen.

Die Frage „Weshalb verstößt die Stadt Leipzig gegen ihre eigenen Vorgaben, "Leipzig wächst nachhaltig" - "Stadt der biologischen Vielfalt" und dem "Beschluss zur Waldmehrung" des Stadtrates?" wurde überhaupt nicht beantwortet.

Dies sind nur einige Punkte, die ich herausgreifen möchte. Die gesamte Antwort auf die Anfrage erscheint eindeutig im Sinne des Vorhabens interessengesteuert. Ich bitte Sie, bei diesem Verfahren absolut kritisch zu sein und der Einhaltung städtischer und vom Stadtrat beschlossener Ziele ernsthaft und für die Bevölkerung nachvollziehbar Rechnung zu tragen.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Kristine Wiesner

Links:

[1] <https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2024/10/radefelder-allee-agrarlandschaften-unter-baudruck-604907>